



HESSISCHER LANDTAG

04. 03. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend öffentliche Gelder für FDP-Agentur: Justizminister Hahn
muss sich an eigene Ansprüche halten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert die freihändige Vergabe eines Auftrags zur Vorbereitung der Integrationskonferenz an die Werbeagentur Cicero, die sich maßgeblich im Besitz der FDP befindet.
2. Der Landtag kritisiert weiter, dass das Justizministerium neben dem bereits bekannten Auftrag einen weiteren Auftrag zur Vorbereitung der "Wiesbadener Diskurse" freihändig an die Werbeagentur Cicero vergeben hat.
3. Der Landtag stellt aufgrund der schriftlichen Antworten des Justizministers auf Fragen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest, dass Justizminister Hahn von beiden freihändigen Vergaben von Aufträgen seines Hauses an die Werbeagentur Cicero wusste und nichts unternommen hat, um diese Vorgänge zu stoppen.
4. Der Landtag kritisiert dieses Verhalten des Justizministers. Es kann nicht sein, dass öffentliche Gelder ohne transparentes und für andere Marktteilnehmer nachvollziehbares Verfahren an parteieigene Firmen vergeben werden.
5. Der Landtag erinnert den Justizminister an seine früheren Äußerungen im Zusammenhang mit einer anderen Auftragsvergabe der Landesregierung an eine Agentur im Mitbesitz eines früheren CDU-Landtagsabgeordneten: "Wenn Politiker bei Firmen mitengagiert sind, muss man auf alle Fälle ein transparentes Ausschreibungsverfahren machen, egal wie hoch die Summe ist. Die FDP-Meinung ist, es hätte ausgeschrieben werden müssen."
6. Der Landtag erwartet von Justizminister Hahn, sich an seine eigenen Maßstäbe zu halten. Was für eine Agentur im Mitbesitz eines Abgeordneten gilt, muss erst recht für eine Agentur im Mitbesitz einer Partei gelten.
7. Der Landtag hält es im Interesse von transparenten und fairen Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer für mehr als problematisch, wenn von der Landesregierung öffentliche Gelder an Unternehmen vergeben werden, die sich im Mitbesitz von Parteien befinden.

Wiesbaden, 4. März 2010

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Al-Wazir